

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	15.04.2021

Nachfrage zu TOP 9.1. der 01. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14.01.2021 - 30. Bericht zur Situation Geflüchteter (3305/2020)

Die SPD-Fraktion hat zu TOP 9.1. der 01. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14.01.2021 folgende Frage schriftlich eingereicht:

Gibt es einen neuen Sachstand zur kommunalen Aufnahme im Rahmen des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“?

Die Verwaltung teilt hierzu das Folgende mit:

Zu der Inanspruchnahme der von vielen Bündnisstädten angebotenen zusätzlichen Aufnahmekontingente für Geflüchtete aus den griechischen Auffanglagern - so auch mit Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 06.02.2020 - durch die Bundesregierung - fällt die Bilanz enttäuschend aus. Diese Angebote wurden durch Köln, andere Bündnisstädte und auch das Bündnis selbst mehrfach an die Bundesregierung herangetragen.

Am 16.10.2020 hat es dazu auch ein Gespräch der Kölner Oberbürgermeisterin und weiteren 20 Oberbürgermeister*innen aufnahmebereiter Städte sowie Vertreter*innen der kommunalen Spitzenverbände mit der Bundeskanzlerin gegeben. Auch in diesem Gespräch gab es keine Zusagen der Bundesregierung, diese zusätzliche Aufnahmebereitschaft zu berücksichtigen. Durch die Kanzlerin wurde den aufnahmebereiten Kommunen lediglich gedankt, aber gleichzeitig gebeten, von weiteren öffentlichen Appellen und offenen Briefen abzusehen. In diesem Gespräch hat die Bundeskanzlerin auch deutlich gemacht, dass die Bundesregierung an den bisherigen Grundsätzen ihrer Flüchtlingspolitik festhalten wird.

Die Bundesregierung hatte in 2020 zugesagt, 1.533 Menschen aus den griechischen Lagern in der Bundesrepublik aufzunehmen. Mit Stichtag 31.12.2020 waren von diesem zugesagten kleinen Kontingent aber tatsächlich erst 291 Menschen in der Bundesrepublik aufgenommen worden. Sie wurden auf alle Bundesländer verteilt. Köln ist aus diesem Aufnahmekontingent erkennbar kein Geflüchtete*r zugewiesen worden.

gez. Dr. Rau